

Roosevelt setzt seinen Weg fort

Autor(en): **E.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **31 (1939)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352939>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Pfundkurs stand zu Beginn dieses Jahres um etwa 4 bis 5 Prozent niedriger als im Durchschnitt des Jahres 1937. Da die englischen Dominions und Kolonien und die skandinavischen Staaten sowie zahlreiche andere Länder dem Pfund gefolgt sind oder teilweise sogar eine stärkere Währungsabwertung aufweisen, sind die schweizerischen Produkte für einen grossen Teil der Weltwirtschaft in diesem Ausmass verteuert worden. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie wird um so mehr beeinträchtigt, als die Abwertung von 1936 die Preisebenen nur teilweise ausgeglichen hatte. Auch nach der Kurssenkung des Schweizer Frankens blieb eine Abwertung der englischen Valuta von 12 Prozent gegenüber 1930 bestehen. Sie stieg durch das seitherige weitere Abgleiten des Pfundes auf 18 Prozent. Wenn wir vom Standpunkt des englischen Käufers aus rechnen, so ist der Schweizer Franken gegenwärtig sogar um 22 Prozent teurer als vor der Abwertung Englands, also vor 1931. Wir brauchen wohl nicht näher auseinanderzusetzen, wie sehr das den schweizerischen Export beeinträchtigt. Die Gefahr besteht, dass sich dieselbe Entwicklung wie nach 1931 wiederholt, wenn auch in etwas geringeren Ausmassen. In einer Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 14. Juli 1936 wurde empfohlen, den Schweizer Franken nicht mehr an den Goldkurs zu binden, sondern nach den Weltwährungen, vor allem nach dem Pfund Sterling, zu richten. Wir glauben tatsächlich, dass es für unser Land von grossem Vorteil wäre, wenn die Schweiz den Pfundkurs auf dem Niveau des Jahres 1937 halten würde. Eine sklavische Bindung an den Pfundkurs kommt selbstverständlich nicht in Frage, aber es ist klar, dass eine neue Ueberhöhung des schweizerischen Wechselkurses für unsere Volkswirtschaft untragbar ist.

Roosevelt setzt seinen Weg fort.

E. W. Wie schon seine Botschaft an den neu gewählten Kongress im Januar gezeigt hat, sieht der amerikanische Präsident in dem Ergebnis der November-Wahlen nicht den geringsten Grund, seine bisherige Politik der sozialen Reformen irgendwie zu ändern oder auch nur bei dem bisher Erreichten stillzustehen. Wohl haben die Demokraten im Repräsentantenhaus und im Senat Boden zugunsten der Republikaner verloren, aber das gehört in den Vereinigten Staaten zu den gesetzmässigen Erscheinungen. Selten überlebt die Herrschaft einer Partei mehrere Wahlperioden hintereinander. Ihre Ablösung durch die Opposition nach einer bestimmten Zeit ist dort gewissermassen eine Spielregel der Demokratie. Andererseits waren die demokratischen Verluste auch nicht so gross, um den Republikanern mehr als gerade nur eine Chance zur Rückkehr an die Macht in der Zukunft zu geben. Nach wie vor sind die Republikaner eine Minderheit.

Aber wahrscheinlich geht man überhaupt in die Irre, wenn man die Wahlergebnisse mit der Zahl der Mandate zu messen versucht, die die beiden grossen Parteien der Vereinigten Staaten in Repräsentantenhaus und Senat erzielt haben. Die Roosevelt-schen Sozialreformen haben längst aufgehört, nur die Angelegenheit der heute regierenden Partei zu sein. Auch grosse Teile der Republikanischen Partei, und unter ihnen sehr massgebliche Personen, erkennen deren Notwendigkeit für das Land an und gehen in dieser Beziehung mit Roosevelt vollkommen einig. Gleichzeitig gibt es nicht wenige Demokraten, denen Roosevelts Sozialpolitik verhasst ist und die möglichst schnell mit ihr aufräumen möchten. Daran ist im Ernst jedoch nicht zu denken, und es war denn auch für den Wahlkampf bezeichnend, dass die Rooseveltschen Sozialreformen dem öffentlichen Streit der beiden Parteien so gut wie entzogen geblieben sind. Nicht selten begannen sehr prominente Kandidaten der Republikanischen Partei ihre Reden mit der ausdrücklichen Versicherung, dass sie mit keinem Finger an diesen zu rütteln gedenken. Unter diesen Umständen war es nur die Feststellung einer objektiven historischen Tatsache, wenn Roosevelt in seiner Botschaft erklärte:

« Die Regierungswerkzeuge, die wir 1933 hatten, sind veraltet. Wir hatten neue Werkzeuge zu schmieden und mussten neue Wege einschlagen, um die Regierung in einer Demokratie funktionsfähig zu machen. Viele, die das Schmieden dieser Werkzeuge bitter bekämpft haben, begrüßen heute deren Gebrauch. Das amerikanische Volk als Ganzes hat diese akzeptiert... »

Von der Ankündigung weitergehender sozialer Massnahmen sah Roosevelt allerdings ab. An solche war auch wohl nicht gedacht gewesen, nachdem die neue Gesetzgebung mit der Annahme des Gesetzes über Mindestlöhne und Arbeitszeit ohnehin zu einem gewissen vorläufigen Abschluss gebracht worden war. Dafür betonte Roosevelt um so mehr die Notwendigkeit wirtschaftlicher Massnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Hier sei energisches und rasches Handeln Gebot.

« Die erste Aufgabe unserer Staatsführung besteht darin, Kapital und Arbeitskraft zusammenzubringen. Die Diktaturen machen das hauptsächlich durch Zwang. Scheinbar haben sie damit für den Augenblick Erfolg. So sehr wir diese Methoden verwerfen, müssen wir eingestehen, dass mit ihnen eine bemerkenswerte Verwertung all ihrer materiellen und menschlichen Quellen erzielt wurde. Ob es gefällt oder missfällt: jedenfalls haben sie wenigstens vorübergehend das Problem der Arbeitslosigkeit von Menschen und Kapital gelöst. Können wir mit den Diktatoren in Wettbewerb treten, indem wir kühn nach Methoden suchen, die untätige Menschen und untätiges Kapital zusammenbringen, aber gleichzeitig uns erlauben, unsere amerikanischen Lebensgewohnheiten zu bewahren, die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten und uns überhaupt innerhalb jener Grenzen zu bewegen, die nach unserer Meinung die Zivilisation selber abstecken? »

Irgendwie ist das heute die Frage, die fast allen Demokratien gestellt ist. Roosevelt ist auch überzeugt, dass geeignete Methoden zu finden sind. Für die Vereinigten Staaten stelle sich als Hauptziel, zunächst die Wirtschaft dermassen zu beleben, dass das Volkseinkommen wieder die Höhe des Jahres 1929 erreiche. Das brächte nicht nur eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich, sondern würde automatisch auch ohne Steuererhöhungen zu einem Ausgleich der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen führen, da trotz der erhöhten Aufwendungen des Staates die Ausgaben den Stand jenes Jahres nicht überschritten hätten. Dieses Ziel ist nach der Meinung Roosevelts auf der Basis des heutigen Profitsystems zu erreichen. Aber die Zeit sei bei der Wahl der Mittel ein entscheidender Faktor, und deswegen erscheine es ihm auch nicht logisch, dass im gleichen Moment, da man Produktion und Konsumtion zu heben trachte, die Bundesregierung eine drastische Kürzung ihrer Investitionen erwägen solle.

Aussergewöhnlich eindrucksvoll war der Schluss der Roosevelt'schen Botschaft. Er höre viele sagen, meinte der Präsident, die von ihm gewiesenen Wege seien so kompliziert, dass Diktaturen doch gewisse Vorteile hätten und besser mit Arbeitsunruhen und Arbeitslosigkeit fertig werden.

«Ich gebe das zu», antwortete Roosevelt diesen Zweiflern an der Demokratie, «Diktaturen werden mit allen diesen Dingen fertig, aber auch mit andern Dingen, die wir Amerikaner fest entschlossen sind, zu erhalten. Die Erreichung einiger der praktischen Vorteile, welche andere Regierungsformen haben, kosten uns Steuern und Kapitalrisiken. Aber Diktaturen erfordern einen Preis, den wir niemals bezahlen werden: den Preis unseres geistigen Wertes, den Preis eines verwundeten Lebensrechtes, den Preis der Freiheit, den Preis, dass man unsern Besitz konfisziert, den Preis, in ein Konzentrationslager gesperrt zu werden, und den Preis, Kinder nicht als freie menschliche Wesen, sondern als die Ergebnisse einer Maschine auf die Welt zu bringen. Wenn die Vermeidung eines solchen Preises Steuern auf mein eigenes Einkommen oder auf meinen Besitz bedeutet, dann würde ich diese Steuern gerne tragen wollen als den Preis dafür, dass ich und meine Kinder die freie Luft in einem freien Land atmen, in einer lebenden und nicht einer toten Welt.»

Freiheit und sozialer Fortschritt: in den Vorstellungen Roosevelts verschlingt sich beides zu einem Inhalt und zu einer Aufgabe. Eben darum kann es für ihn auf dem einmal eingeschlagenen Wege auch kein Zurück geben, heute weniger als je. Die Selbstsicherheit, von der seine ganze Kongressbotschaft getragen war, leitete sich aber nicht allein aus der Einsicht ab, dass es heute für die Vereinigten Staaten überhaupt keinen andern Weg geben kann, sondern sie ist zu einem Teil auch aus Wandlungen zu erklären, die sich seit den Kongresswahlen im November im Lande selber vollzogen haben. Kaum dass die Wahlergebnisse bekannt waren, wurde ganz Amerika durch die deutschen Judenpogrome aufgeschreckt und die Vereinigten Staaten erinnerten sich unter diesem Eindruck wieder stärker als je des hohen Wertes

ihrer demokratischen Einrichtungen. In keinem zweiten Land der Welt haben die deutschen Ereignisse ein auch nur entfernt ähnliches Echo der Entrüstung und Empörung geweckt wie in diesem Land, dessen Bewohner ein wahres Völker- und Rassengemisch darstellen. Wie man weiss, kam es deswegen sogar zur Rückberufung des amerikanischen Botschafters. Fast gleichzeitig wurde die amerikanische Oeffentlichkeit durch die Aufdeckung verschiedener nationalsozialistischer Spionage- und Agitationszentren alarmiert. Beides bedeutete den Amerikanern, dass die faschistischen Diktaturen nicht nur eine Gefahr für Europa, sondern möglicherweise auch für ihren Kontinent sind. Im selben Masse, wie sich die Bevölkerung über die europäischen Diktatoren entsetzte, stiegen auch wieder die Sympathien für Roosevelt, der sich unter allen Staatsmännern als der bei weitem kompromissloseste Demokrat erwiesen hatte. Was darum der neu zusammengetretene Kongress weniger an unmittelbaren parteipolitischen Gefolgsleuten Roosevelts aufwies, das wurde mehr als aufgewogen durch das Anschwellen seiner Sympathien draussen im Volke.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete hatte sich seit den Kongresswahlen vieles verändert. Schon damals waren die Zeichen eines neuen Aufschwungs unverkennbar. Es fehlte aber noch das allgemeine Vertrauen in dessen Festigkeit. Allgemein stand man noch unter dem Eindruck des erlebten Rückschlags, der sich in den Vereinigten Staaten stärker als in jedem andern Lande im letzten Jahre manifestiert hatte. Zur Zeit des Kongress-Zusammentritts gab es wohl keinen Zweifel mehr, dass der Aufschwung Bestand zu haben, ja sich noch weiter auszubreiten verspricht. Schon darum konnte Roosevelt mit einer um vieles persönlicheren Stimmung in dem neuen Kongress rechnen als zu der Zeit, da dieser neu gewählt wurde. Roosevelt selbst zögerte auch nicht, von der Besserung seiner Stellung sofort zu profitieren, um einige personelle Umbesetzungen vorzunehmen, die ihm andernfalls als eine wahre Provokation ausgelegt worden wären. Hopkins, der bei den Wahlen stark angefochtene Leiter des Arbeitsbeschaffungsamtes, wurde zum Handelssekretär ernannt. Murphy, der unterlegene Gouverneur von Michigan, der seinerzeit zum Aerger vieler Reaktionen die im Sitzstreik begriffenen Arbeiter nicht mit Gewalt aus den Fabriken entfernen liess, sondern mit ihnen persönlich verhandelte, wurde mit dem Amt des General-Staatsanwalts ausgezeichnet; und Dr. Felix Frankfurter, von dem man sagt, dass er der geistige und politische Lehrer aller Vorkämpfer des « New Deal » sei, zog in den selben Obersten Gerichtshof ein, der einst durch seine Beschlüsse fast allen New-Deal-Massnahmen regelmässig das Genick gebrochen hatte. Womöglich noch mehr als die Kongress-Botschaft selbst zeigen diese Ernennungen die Entschlossenheit Roosevelts zum Festhalten an seiner Sozialpolitik.

Von grösster Bedeutung kann es werden, dass neuerdings auch Anzeichen vorliegen, die auf einen Stimmungswandel

beim amerikanischen Unternehmertum selbst schliessen lassen. Bisher hatte sich dieses nur sehr widerwillig mit der Rooseveltschen Sozialgesetzgebung abgefunden. Alles, was auf diesem Gebiete geschah, erschien dem an uneingeschränkte Freiheit gewöhnten Unternehmer wie ein Einbruch in heilige Traditionen. Soweit sich gleichwohl eine gewisse Bereitschaft zur Ausöhnung mit der neuen Ordnung zeigte, war sie in den meisten Fällen von der Furcht eingegeben, von den Regierungsaufträgen ausgeschlossen zu werden. Es gab aber unter den Unternehmern gelegentlich auch beachtliche Ausnahmen. So hat der führende amerikanische Stahltrust, die United States Steel Corporation, die einst im Lande die soziale Reaktion verkörperte, den früheren scharfmacherischen Kurs mit einem Ruck verlassen und sich schon vor Jahren freiwillig zum Abschluss eines Kollektivvertrages bereit gefunden. Der Eindruck, den diese veränderte Haltung im ganzen Lande machte, war ausserordentlich nachhaltig. Es war der erste grosse Riss, der sich in der Front des Unternehmertums zeigte. Jetzt legt der Verband der amerikanischen Unternehmer eine Plattform vor, die völlig neue Töne anschlägt. Schon die einleitenden Feststellungen verraten einen veränderten Geist. Wörtlich wird erklärt:

«Die Hauptaufgabe der Geschäftswelt muss nach wie vor darauf gerichtet sein, die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Es gibt eine enorme Menge zurückgehaltenen Bedarfs, dessen Deckung Arbeit beschaffen, den Lebensstandard heben und die Sicherheit des Staatsbürgers gegen individuelles Unglück erhöhen würde. Der Fortschritt Amerikas hängt von der gemeinsamen Anstrengung von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Arbeit im Zusammenwirken mit der Regierung ab.»

Wenn bisher in solchen Unternehmer-Kundgebungen von der Regierung die Rede war, dann geschah dies gewöhnlich in der Form haltloser Beschuldigungen und drohender Beschwörungen, sich von Einmischungen in die Wirtschaft fernzuhalten. Jetzt wird erstmals einem Zusammenwirken mit ihr das Wort gesprochen. Dann formuliert die Plattform die drei Grundprinzipien, auf denen sich die heutige Zivilisation erhebt: 1. religiöse und sonstige individuelle Freiheit, 2. repräsentative politische Demokratie, 3. Privatwirtschaft. Das sind alles unbestrittene amerikanische Traditionen. Ihre besondere Erwähnung im heutigen Augenblick ist aber keineswegs so selbstverständlich und kann nur den Sinn haben, dass das amerikanische Unternehmertum sich öffentlich vom Faschismus distanzieren will, der alle diese Grundsätze mit Füßen tritt. Es versteht sich, dass dieses bedingungslose Bekenntnis zur Demokratie einer Verständigung über die auf dem Wege liegenden Aufgaben nur förderlich sein kann, da es von vornherein eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens schafft. Womöglich noch wichtiger aber ist, was über die Beziehungen zur Arbeiterschaft gesagt wird. «Das Unternehmertum erkennt an,» so heisst es in der

Plattform, « dass Arbeiter, die kollektiv zu verhandeln wünschen, das in der Form tun können, die sie selber bestimmen, durch eigene Vertreter, die frei, ohne Einschüchterung oder Zwang von irgend-einer Stelle, gewählt worden sind. » Die gewählte Formulierung ruft dem Argwohn, dass die Unternehmer sich noch vorbehalten möchten, gelegentlich die Gewerkschaften zu schikanieren. Aber wie unendlich weit das amerikanische Unternehmertum sich gleichwohl damit von seinen früheren Positionen entfernt und sich dem Rooseveltschen « New Deal » angenähert hat, wird klar, wenn man sich erinnert, dass noch im Jahre 1919 gelegentlich des grossen Stahlarbeiterstreiks der damalige Leiter des Stahltrust erklärte: « Ich werde niemandem, auch nicht dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, erlauben, dass er mir vorschreibt, wie ich mein Unternehmen zu leiten habe. »

Die Plattform des amerikanischen Unternehmerversbands ist auch nicht das einzige Dokument, das eine veränderte Einstellung der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft verrät. Es gibt noch eine Reihe anderer Hinweise darauf. Von ihnen ist vielleicht der wegen seiner Originalität bemerkenswerteste der Entschluss der Johns-Manville Corporation, den Mitgliedern der Belegschaft alljährlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens Rechenschaft zu erstatten. Ein Anfang ist damit bereits im letzten Jahr gemacht worden. Der Bericht enthält alle Daten, die nicht nur das Unternehmen, sondern ebensosehr die in ihm beschäftigten Arbeiter angehen, wie über die Entwicklung der Löhne, der Arbeitszeit, der Arbeitsergiebigkeit, die abgeschlossenen Kollektivverträge usw. Die besondere Bedeutung des Berichts liegt darin, dass damit indirekt eine gewisse Teilhaberschaft der Arbeiter an dem Unternehmen anerkannt und der Standpunkt preisgegeben wird, dass nur Aktionäre ein Anrecht auf Auskünfte haben, nicht aber zugleich diejenigen, die — wie sich der Präsident der Johns-Manville-Corporation in einem Geleitwort an die Belegschaft ausdrückt — « durch die Investition von Zeit und Arbeit es ermöglichen haben, zu produzieren und die Produkte der Gesellschaft zu verkaufen ». Das Vorgehen der Gesellschaft hat in ganz Amerika grosse Beachtung gefunden. Auch der amerikanische Unternehmerversband empfiehlt in seiner Plattform, dem Beispiel zu folgen. Irgendwie scheint also das ganze Land in einem Prozess des Umlernens begriffen. Das soziale Gewissen schlägt allgemein stärker als früher. Man hat den bestimmten Eindruck, dass mit der Rooseveltschen Sozialgesetzgebung in den Vereinigten Staaten alles in Fluss gekommen ist und dass wohl gelegentliche Rückschläge denkbar sind, dass aber das Neue bereits zu tief in das Bewusstsein der Allgemeinheit verankert ist, um je wieder zu verschwinden. Was immer darum das fernere Schicksal Roosevelts sein mag: es wird für alle Zeiten sein Verdienst bleiben, Amerika bewusst auf den Weg des sozial fortschrittlichen Europas, wie es England, Skandinavien und andere demokratische Länder verkör-

pern, geführt und der Sozialpolitik auch international neue Impulse gegeben zu haben, während der Faschismus diese in Europa zum alten Eisen wirft.

Sozialpolitik.

Der Stand der Arbeitslosenversicherung.

Nach den Angaben des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit haben die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitslosenversicherung seit dem letztjährigen Bericht nur in zwei Kantonen Änderungen erfahren:

Im Kanton Zürich ist mit dem 1. Januar 1938 das Versicherungsobligatorium in Kraft getreten. Im Kanton Schaffhausen ersetzt ein Erlass vom 25. Juli 1938 das Gesetz vom 9. Juli 1928. Dieser Erlass bringt wesentliche Neuerungen, namentlich in bezug auf die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, und erweitert ferner den Kreis der Versicherungspflichtigen durch Ausdehnung der Altersgrenze nach unten.

Je nach der Art ihres Versicherungssystems können die Kantone in drei Gruppen eingeteilt werden.

1. Kantone mit staatlicher Versicherungspflicht. Dieses System kennen heute 14 Kantone, nämlich (in der Reihenfolge des Erlasses des betreffenden Gesetzes): Glarus, Neuenburg, Basel-Stadt, Solothurn, Zug, Uri, Schaffhausen, Basel-Land, Thurgau, St. Gallen, Appenzell A.-Rh., Genf, Nidwalden und Zürich.

2. Kantone, in denen die Gemeinden zur Einführung des Obligatoriums ermächtigt sind. In diese Gruppe fallen 8 Kantone: Bern, Wallis, Waadt, Freiburg, Luzern, Tessin, Graubünden und Obwalden.

3. Kantone, die sich auf die Beitragsleistung an die Arbeitslosenkassen und auf die Aufstellung entsprechender Subventionsbedingungen beschränken. Dies ist nur in drei Kantonen der Fall, im Kanton Aargau, Appenzell I.-Rh. und Schwyz.

Der Mitgliederbestand im gesamten und nach den einzelnen Kassenarten hat sich folgendermassen entwickelt:

Ende Sept.	Zahl der Mitglieder						
	Gewerkschafts- kassen	Öffent- liche Kassen	Paritätische Kassen	Total	Gewerkschafts- kassen	Öffent- liche Kassen	Paritätische Kassen
	absolut						
1926	136,541	20,059	6,848	163,448	83,2	12,7	4,1
1930	186,652	62,430	65,993	315,075	59,2	19,8	21,0
1933	273,551	154,835	95,594	523,980	52,2	29,6	18,2
1936	267,132	175,463	108,492	551,087	48,5	31,8	19,7
1937	242,963	177,789	112,373	533,125	45,6	33,3	21,1
1938	246,155	183,447	116,292	545,894	45,1	33,6	21,3

Der 1937 konstatierte beträchtliche Rückgang in der Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeitnehmer ist im vergangenen Jahre von einer neuen Aufwärtsentwicklung abgelöst worden. Im ganzen sind heute 545,894 Arbeitnehmer gegen die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit versichert. Die Zunahme von 12,769 Versicherten gegenüber dem Vorjahr verteilt sich auf sämtliche drei Kassenarten; absolut den stärksten Zuwachs verzeichnen die